

VR-05-NEU Zukunft sichern - ökologisch, gerecht, wettbewerbsfähig

Antragsteller*in: Stanislav Elinson (KV Leipzig)

Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte V-Anträge

Antragstext

- 1 Deutschland und Europa stehen vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen –
2 geopolitisch wie strukturell. Auch in Deutschland hat sich die wirtschaftliche
3 Lage infolge der neuen geopolitischen Lage nach dem Angriffskrieg Putins auf die
4 Ukraine spürbar verschärft - der Zugang zu scheinbar billiger Energie und vielen
5 renditeträchtigen Absatzmärkten ist weggefallen. Jahrzehntlang aufgebaute
6 Abhängigkeiten von Drittstaaten werden nicht kleiner, sondern größer.
7 Wirtschaftliche Verflechtungen werden als Waffe eingesetzt.
- 8 Spätestens seit dem Draghi-Bericht ist auch klar: Die schwindende
9 Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union ist alarmierend. Sie hat viele
10 Ursachen: geringere Investitionen und weniger Dynamik bei innovativen Produkten,
11 mangelnde Anwendung von Ergebnissen aus Forschung und Entwicklung, Mehrkosten
12 durch Bürokratie, demographischer Wandel und Energiekosten.
- 13 Die Folgen für Deutschland: Die Zahl der Regelinsolvenzen und die
14 Arbeitslosenzahlen bleiben hoch, und die Energiekosten bedürfen trotz eines
15 starken Preiserückgangs bis unterhalb des Niveaus der letzten CDU-geführten
16 Bundesregierung weiterer Entlastungen, vor allem für kleine und mittlere
17 Unternehmen und für Privathaushalte. Die demographische Entwicklung, der
18 föderale Staat und ausgebliebene Investitionen in die Infrastruktur erschweren die
19 deutschen Rahmenbedingungen.
- 20 In dieser Lage ist klar: Unsere Industrie braucht statt ideologischer Debatten
21 Planungssicherheit, Innovationsförderung und -ermöglichung, Fachkräfte und die
22 Senkung von Energie und Lohnnebenkosten und eine Bundesregierung, die
23 Fortschritt nicht blockiert, sondern aktiv ermöglicht.
- 24 Die neue Bundesregierung hat Erwartungen geweckt – und enttäuscht. Statt die
25 unter grüner Regierungsbeteiligung begonnenen Strukturreformen entschlossen
26 fortzuführen, hat sie zentrale wirtschaftspolitische Weichenstellungen in Frage
27 gestellt. Statt die ökologische Modernisierung und die notwendigen Reformen zum
28 Nutzen von Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und sozialer Sicherheit weiter
29 auf Kurs zu halten, verliert Deutschland Zeit – mit realen Folgen: steigenden
30 Lohnnebenkosten, überlasteten Sozialsystemen und einem gefährdeten Klimakurs.
31 Während andere Volkswirtschaften gezielt auf Zukunftsbranchen setzen, fehlt der
32 Bundesregierung eine kohärente Innovations- und Industriepolitik, die Wohlstand
33 und Beschäftigung, Klimaneutralität, Transformation und Unabhängigkeit
34 verbindet.
- 35 Deutschland steht damit an einem Wendepunkt. Wir brauchen Investitionen statt
36 Symbolpolitik, Verlässlichkeit statt Rollback, Ehrlichkeit statt kurzfristiger
37 Wahlgeschenke – und eine Wirtschaftspolitik, die Wettbewerbsfähigkeit,
38 Klimaschutz und starke Binnennachfrage miteinander verbindet. Denn eine
39 gestärkte Binnennachfrage ist zentral für wirtschaftliche Stabilität. Wirksame
40 Maßnahmen gegen steigende Sozialbeiträge, ein gerechtes Steuer- und Transfer-

41 System sowie eine konsequente Abkehr von klimaschädlichen Subventionen sind die
42 Grundpfeiler, die Wettbewerbsfähigkeit, Zusammenhalt und Klimaschutz verbinden.

43 Wir Bündnisgrüne wollen eine Politik, die Arbeitsplätze sichert, internationale
44 Wettbewerbsfähigkeit stärkt, Klimaschutz voranbringt, regionale Gerechtigkeit
45 herstellt und soziale Sicherheit generationengerecht organisiert. Nur so bleibt
46 Deutschland stark – ökologisch, ökonomisch und sozial.

47 1. Standort Stärken, Abhängigkeiten beenden

48 Teile der Automobilindustrie haben mit Unterstützung einer zögernden Politik
49 großer Koalitionen zu lange auf alte Technologien gesetzt und so die
50 Transformation verschlafen. Die deutschen Hersteller drohen im globalen
51 Wettbewerb zunehmend Marktanteile zu verlieren, insbesondere an neue
52 Wettbewerber aus dem asiatischen Raum. Während in weiten Teilen der Welt die
53 Elektromobilität auf dem Vormarsch ist, diskutiert die Bundesregierung über eine
54 Renaissance des Verbrennungsmotors. Es ist gleichermaßen gefährlich für den
55 Klimaschutz und die Zukunft unseres Industriestandorts, dass Union und SPD die
56 europäische Einigung zum Verbrenner-Aus in Frage stellen und somit Unsicherheit
57 schüren. In der aktuellen Strukturkrise braucht die Branche Planungssicherheit
58 und gezielte Impulse für klimaneutrale Innovationen: Die klare Orientierung,
59 dass ab 2035 in Europa kein fossiler Verbrenner mehr neu zugelassen wird, muss
60 durch attraktive Anreize, die Attraktivität elektrischer Mobilität zu
61 steigern, Förderung von Innovationen sowie durch strukturpolitische Maßnahmen in
62 den vom Wandel der Automobilindustrie besonders betroffenen Regionen ergänzt
63 werden. Dafür muss die Bundesregierung sorgen. So stärken wir die Position
64 unserer Unternehmen auf den internationalen Märkten.

65 Wir fordern einen Ausbau der und Zugang zur deutschen und europäischen
66 Ladeinfrastruktur für verlässliches und bezahlbares Laden und die Senkung der
67 Stromsteuer für alle, ein Sonderbeschaffungsprogramm für E-Mobilität in Behörden
68 und kommunalen Diensten, sozial gestaffelte Fördermodelle für Haushalte mit
69 geringem Einkommen (z.B. „Social Leasing“), die an europäische
70 Wertschöpfungsketten gebunden sind, sowie eine auf emissionsfreie,
71 batterieelektrische Fahrzeuge ausgerichtete Kfz-Besteuerung. Förderung muss da
72 ankommen, wo sie gebraucht wird. Wir wollen insbesondere Menschen mit geringem
73 Einkommen beim Umstieg auf die Elektromobilität konkret unterstützen: Wer,
74 insbesondere auf dem Land, oder zum Pendeln auf das Auto angewiesen ist und
75 weniger als 40.000 Euro zu versteuerndes Jahreseinkommen hat, zahlt für das
76 Leasing eines elektrischen Kleinwagens maximal 100 Euro pro Monat.

77 Die Elektrifizierung der Dienstwagenflotten ist einer der größten kurzfristig
78 realisierbaren CO₂-Hebel im Verkehrssektor und zugleich sozialpolitisch
79 sinnvoll. Ein aufkommensneutrales Bonus-Malus-System aus steuerlichen Maßnahmen
80 kann dabei sicherstellen, dass Fahrzeuge mit hohem CO₂-Ausstoß stärker belastet
81 und vollelektrische Fahrzeuge steuerlich entlastet werden. Diese Maßnahme trägt
82 zur Erreichung der nationalen Minderungsziele im Verkehrssektor bei und kann
83 zugleich Preissteigerungen durch den ETS 2 abmildern.

84 Gleichzeitig braucht es eine europäische Strategie für Wettbewerbsfähigkeit und
85 Innovation. Der Bericht von Mario Draghi hat deutlich gemacht, dass Europas
86 Stärke nur in einem vollendeten Binnenmarkt für Innovation, Energie und Kapital
87 liegen kann. Deutschland muss sich klar zur europäischen Industriepolitik

88 bekennen und gemeinsam mit seinen Partnern die Rahmenbedingungen für
89 Investitionen in Europa stärken.

90 Deutschland braucht Investitionen, deshalb haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das
91 Sondervermögen Infrastruktur ermöglicht. Es darf aber nicht zur
92 Haushaltskosmetik missbraucht werden, sondern muss ein strategisches Instrument
93 für echten Fortschritt sein.

94 Wir fordern: eine klare Zweckbindung – ausschließlich für zusätzliche
95 Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Bau, Digitalisierung, Bildung und
96 Energiewende. Investitionen in diesen Bereichen sind keine Belastung der
97 Haushalte, sondern die Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand. Eine
98 verlässliche, vorausschauende Investitionspolitik ist der Schlüssel, um
99 Deutschlands industrielle Stärke zu sichern, regionale Ungleichheiten abzubauen
100 und die ökologische Modernisierung voranzubringen.

101 Deutschland braucht eine verlässliche, bezahlbare und zukunftsfähige - also
102 klimaneutrale - Energieversorgung. Statt fossile Geschäftsmodelle zu schützen,
103 machen wir günstigen grünen Strom durch smarte Netze, Speichertechnologien,
104 digitale Messsysteme, Wasserstoff und lokale Nutzung zur Grundlage für
105 industrielle Erneuerung, Versorgungssicherheit und Teilhabe. Die geplante
106 Ausweitung der Gaskraftwerkskapazitäten auf bis zu 20 GW dagegen übersteigt den
107 realen Bedarf bei weitem. Anstatt flexible und erneuerbare Lösungen zu fördern,
108 wird mit dieser Politik von Bundeswirtschaftsministerin Reiche der Einstieg in
109 eine neue Abhängigkeit von fossilem Gas zementiert.

110 Der von der Bundesregierung geplante überdimensionierte Turbozubaubau neuer
111 zentraler Gaskraftwerke ist Teil einer Politik zum Schutz fossiler Interessen
112 und Geschäftsmodelle, alles zum Nachteil unserer Städte und Dörfer gerade in den
113 ländlichen Regionen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Städte und Gemeinden in
114 allen Bundesländern rechtssicher an der Wertschöpfung aus erneuerbaren Energien
115 teilhaben. Die Kommunen sollen auch bei der Stromerzeugung aus Wind- oder
116 Solarenergie außerhalb des EEG eine Ertragsbeteiligung von 0,2 Cent pro
117 Kilowattstunde erhalten.

118 Doch die Zukunft ist elektrisch, erneuerbar und dezentral. Wir wollen die
119 Dynamik des Ausbaus von Sonne, Wind und Speichern erhalten, denn wir glauben an
120 industrielle Erneuerung, Zukunft mit KI, Digitalisierung und klimaneutrale
121 Wertschöpfung made in Germany. Deshalb fordern wir: Ausbauziele bei
122 Gaskraftwerken am tatsächlichen Bedarf ausrichten und die bereits mit der EU
123 geeinten 5 GW Gas-Sprinterkraftwerke schnell errichten, Innovation und
124 Flexibilität in den Mittelpunkt stellen und so Vorrang für kostengünstige,
125 saubere Alternativen wie naturverträgliche Biomasse, Batteriespeicher und
126 Lastmanagement schaffen. So gewährleisten wir Versorgungssicherheit ohne teure
127 fossile Risiken und Abhängigkeit von Drittstaaten, oft Autokratien.

128 Gleichzeitig will die neue Bundesregierung die Investitionsanreize für Wind- und
129 Solarprojekte deutlich abschwächen. Durch das absichtliche Bremsen der
130 Energiewende verunsichert die Wirtschaftsministerin Investor*innen und gefährdet
131 Versorgungssicherheit, Resilienz und Zukunftsfähigkeit.

132 Wir fordern: ein Marktdesign, das Investitionen stärkt, dezentrale erneuerbare
133 Energieerzeugung erleichtert und die Dynamik des Ausbaus auf den eingeschlagenen
134 Kurs hält – so bleibt Deutschland bei den Zukunftstechnologien wettbewerbsfähig.

135 Die Abschaffung der Gasspeicherumlage entlastet vor allem fossile Energien,
136 während die von Merz und Klingbeil im Koalitionsvertrag zugesagte Senkung der
137 Stromsteuer für Haushalte und Mittelstand ausfällt. Das verteuert die
138 Elektrifizierung – das Herzstück der klimaneutralen Wirtschaft.

139 Wir fordern: eine sofortige Senkung der Stromsteuer für alle, damit E-Autos,
140 Wärmepumpen und moderne Industrieprozesse günstiger werden und unsere
141 Wettbewerbsfähigkeit verbessert wird.

142 Mit den Anträgen “Kurs Zukunft – sozial gerecht aus der fossilen Abhängigkeit”
143 und “Energiewende 2.0: Nutzen statt Abwürgen” buchstabieren wir diese Konzepte
144 aus.

145 Unsere Wirtschaft ist aber auch auf Rohstoffe angewiesen, die im Ausland
146 gefördert und verarbeitet werden. Diese Abhängigkeit birgt erhebliche Risiken
147 auf geopolitischer und wirtschaftlicher Ebene. Um unsere Rohstoffsouveränität zu
148 stärken, müssen mehr deutsche und europäische Rohstoffprojekte auf den Weg
149 gebracht und globale Rohstoffpartnerschaften vorangetrieben werden. Außerdem
150 stärken, ist der Aufbau geschlossener Stoffkreisläufe dringend notwendig.
151 Kreislaufwirtschaft bedeutet mehr als Recycling – sie umfasst die Verlängerung
152 der Produktlebensdauer, die Förderung von Reparatur und Wiederverwendung, die
153 Reduktion von Schadstoffen sowie nachhaltige Produktgestaltung von Anfang an.
154 Wir fordern: gezielte Investitionen in Forschung, Förderprogramme und
155 Praxisinitiativen für Kreislaufwirtschaft, um Rohstoffsouveränität, Klimaschutz
156 und Innovationskraft zu verbinden.

157 Statt einem Aufbruch in die klimaneutrale Wirtschaft der Zukunft setzt die
158 Bundesregierung zur Rolle rückwärts an. Die Wiedereinführung der
159 Agrardieselsubvention durch CDU, CSU und SPD beispielsweise ist ein Rückschritt
160 in der Klima- und Landwirtschaftspolitik. Wir wissen um die schwierige Lage
161 vieler Betriebe, doch gerade deshalb brauchen sie verlässliche Perspektiven
162 statt Subventionen, die öffentliche Mittel binden, die wir für einen
163 ökologischen Umbau der Landwirtschaft und damit für die Verbesserung der
164 Wertschöpfung in den ländlichen Regionen besser einsetzen sollten.

165 Fossile Subventionen blockieren die notwendige Transformation und sind mit
166 Klimaschutz nicht vereinbar. Deutschland ist weiterhin einer der größten
167 Subventionierer fossiler Energien in der EU; das schadet Klimazielen und bindet
168 Milliarden, die für den ökologischen Umbau gebraucht werden. Wir wollen
169 insbesondere klima- und umweltschädliche Subventionen abbauen. Dabei achten wir
170 auf eine sozialverträgliche, verlässliche Umsetzung und Planungssicherheit. Die
171 Mittel wollen wir in Klimaschutz, soziale Entlastung und Investitionen in die
172 Zukunft umschichten.

173 2. Sozial, gerecht und sicher

174 Unsere sozialen Sicherungssysteme müssen verlässlich, gerecht und
175 generationenfest sein. Um dies heute und in Zukunft zu gewährleisten, müssen sie
176 reformiert werden. Auch um effizienter zu werden und so Kostensteigerungen
177 abzubremesen. Wirksame Maßnahmen gegen steigende Sozialbeiträge sind auch ein
178 Standortfaktor: Kalkulierbare Lohnnebenkosten stärken Investitionssicherheit und
179 Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Dabei ist für uns klar: Reformen
180 dürfen nicht auf Kosten der Schwächsten gehen. Sozialreformen ja, Sozialabbau
181 nein. Unsere Gesellschaft braucht ein funktionierendes soziales Netz, das

182 Sicherheit gibt, Chancen eröffnet und auf Solidarität setzt – und ein grünes
 183 Aufstiegsversprechen, das jungen Menschen ermöglicht, ihre Zukunft
 184 selbstbestimmt und unabhängig von Herkunft oder Wohnort zu gestalten.

185 Nie zuvor haben die Beitragszahler*innen einen so hohen Teil ihres Einkommens
 186 für die Gesundheit- und Pflegeversorgung aufgebracht - und leiden trotzdem unter
 187 immer längeren Wartezeiten und Terminengpässen. Während Pflegekräfte und
 188 Ärzt*innen teils am Rande der Belastungsgrenze Übermenschliches leisten, liegt
 189 die Lebenserwartung in Deutschland inzwischen unter westeuropäischem
 190 Durchschnitt. Unser Gesundheits- und Pflegesystem ist so teuer, weil zu viel
 191 Geld in ineffizienten Strukturen versickert und an falschen Stellen Ausgaben
 192 ungebremst steigen. Gleichzeitig bleibt die Finanzierung zwischen gesetzlicher
 193 und privater Versicherung gespalten – das ist weder gerecht noch effizient.

194 Wir fordern deshalb ein Maßnahmenpaket, das die Ausgabenentwicklung im Bereich
 195 von Gesundheit und Pflege bremst, die Versorgung verbessert und Beiträge
 196 stabilisiert. Dazu gehört im Bereich der Gesundheitsversorgung:

197 - Die Kosten und Nutzen neuer, innovativer Arzneimittel in ein ausgewogenes
 198 Verhältnis zu setzen und weitere Preisexplosionen zu verhindern;

199 - Die Krankenhausreform konsequent umzusetzen, um bei besserer Qualität Kosten
 200 zu sparen;

201 - Die beschlussreife Reform des Notfall- und Rettungsdienstes unverzüglich auf
 202 den Weg zu bringen, um Patientinnen und Patienten frühzeitig in die medizinisch
 203 richtige Versorgungsebene zu leiten und außerdem Hausärzte in der Regel als
 204 verbindliche erste Anlaufstelle im Gesundheitssystem zu verankern, sowie teure
 205 Über- und Fehlversorgung zurückzudrängen;

206 - Ein dynamisierter Bundeszuschuss für versicherungsfremde Leistungen zur
 207 Stabilisierung der gesetzlichen Krankenkassen.

208 Im Bereich der Pflege fordern wir die die Stärkung der pflegefachlichen
 209 Indikationsstellung und Verordnung sowie die Stärkung der tagespflegerischen
 210 Versorgung, sowie die Pflege durch Zugehörige attraktiver machen, statt der
 211 pauschalen Streichung von Leistungen oder Abschaffung von Pflegegraden.

212 Zudem muss die derzeitige Schieflage im Zwei-Klassen-System korrigiert werden.
 213 Dafür sollen schrittweise auch die Privaten Krankenversicherungen in einen
 214 fairen Lasten- und Risikoausgleich einbezogen und die Bundeszuschüsse zu den
 215 Versicherungen über ein gerechtes Steuersystem finanziert werden, in dem auch
 216 sehr hohe Vermögen und Kapitaleinkommen einen angemessenen Beitrag leisten.
 217 Damit wird die Finanzierung insgesamt fairer verteilt als heute und die
 218 arbeitende Bevölkerung samt Unternehmen wirkungsvoll und nachhaltig entlastet.

219 Auch im Bereich der Rentenversicherung stellt sich die Frage, wie wir das System
 220 angesichts des demographischen Wandels finanzieren und ob sich junge Menschen
 221 auf die Rente noch verlassen können, wenn sie selbst älter werden.

222 Mit ihrem angekündigten Rentenpaket wird die Bundesregierung diesen akuten
 223 Herausforderungen nicht gerecht. Das Rentenniveau bis 2031 bei 48 %
 224 einzufrieren, schafft zwar kurzfristig Sicherheit auf dem Papier, führt aber
 225 langfristig zu keiner Stabilisierung des Systems. Hinzu kommt die Ausweitung der

226 Mütterrente, die zusätzliche Milliarden kostet, ohne damit gezielt Altersarmut
227 von Frauen zu bekämpfen.

228 Dabei gibt es Maßnahmen, die zügig auf den Weg gebracht werden könnten:

229 Ein Schwerpunkt sollte darauf liegen, längeres Arbeiten in Gesundheit zu
230 ermöglichen – damit mehr Menschen bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter
231 ihrer Arbeit nachgehen können. Um flexible Übergänge von Beruf in Rente zu
232 stärken, müssen Leistungen der Rente für die gesundheitliche Früherkennung,
233 Prävention und Rehabilitation verbessert und ein gleitender Übergang durch
234 Teilrenten und Teilzeitbeschäftigung ermöglicht werden. Ergänzend müssen dem
235 Alter angepasste Arbeitsbedingungen, eine bessere Unterstützung bei
236 Tätigkeitswechseln, Weiterbildungen und Umschulungen gefördert werden.

237 Zudem sollte ein öffentlich verwalteter Bürgerfonds für die Rente auf den Weg
238 gebracht werden. Die Pläne dafür liegen auf dem Tisch. So ließe sich in der
239 gesetzlichen Rentenversicherung eine ergänzende Kapitaldeckung etablieren,
240 ausschließlich mittels Darlehen und Eigenmitteln des Bundes. Die Beiträge der
241 Versicherten bleiben unangetastet. Der Bürgerfonds kann als finanziell
242 attraktives Standardprodukt auch für die private und die betriebliche
243 Altersvorsorge genutzt werden. Das würde die Rente zukunftsfester machen und
244 wäre weit klüger, als mit der Frühstartrente die Fehler der Riesterrente zu
245 wiederholen, die Banken und Fondsgesellschaften viele Einnahmen, den
246 Bürger*innen aber wenig Erträge gebracht haben.

247 Zur Stärkung der gesetzlichen Rente sollten außerdem auch Abgeordnete, nicht
248 anderweitig abgesicherte Selbstständige und perspektivisch Beamte, unter
249 Beibehaltung des Alimentationsprinzips, in die gesetzliche Rente einzahlen.

250 Diese Maßnahmen gehen weit über das hinaus, was die Bundesregierung bis jetzt
251 zur Stabilisierung der Altersvorsorge vorgelegt hat. Die Debatte zum sogenannten
252 Rentenpaket der Regierung hat einmal mehr gezeigt, dass unserer Gesellschaft ein
253 Generationenkonflikt droht, wenn die Folgen und finanziellen Auswirkungen des
254 demographischen Wandels nicht richtig austariert werden oder auch nur der
255 Anschein einer einseitigen Belastung entsteht. Deshalb möchten wir an einem
256 neuen Generationenvertrag arbeiten, in dem junge Menschen nicht gegen alte
257 ausgespielt werden, sondern sich in einem solidarischen System wiederfinden, das
258 die Anliegen aller berücksichtigt. Diese Arbeit ist dann erfolgreich, wenn junge
259 Menschen Beitragszahlungen nicht scheuen, weil sie wissen, dass auch sie dadurch
260 im Rentenalter ein auskömmliches Leben führen können.

261 Mit diesem Anspruch möchten wir 2026 ein umfassendes Konzept zur Zukunft der
262 Alterssicherung breit in der Partei diskutieren und der
263 Bundesdelegiertenkonferenz 2026 vorlegen.

264 Das Konzept entsteht auf der Grundlage, dass die Alterssicherung solidarisch,
265 generationengerecht, finanziell tragfähig und armutsfest gestaltet wird - für
266 die heutigen Rentner*innen ebenso wie für die kommenden Generationen. Dafür
267 gelten folgende Leitplanken:

- 268 1. Vertrauen in die Rente schaffen: Alle Menschen, die heute in Rente sind,
269 genauso wie die künftigen Generationen, müssen eine auskömmliche Rente
270 erwarten können. Wer jahrelang eingezahlt hat, muss davon im Alter gut
271 leben können. Die Berechnung der Rente muss diesem Grundsatz folgen. Dafür

wollen wir auch über eine ausgewogene Weiterentwicklung des Verhältnisses von Äquivalenz- und Solidarprinzip sowie bessere Möglichkeiten, über das Erwerbsleben hinweg zusätzliche Vorsorge aufzubauen, diskutieren.

2. Generationengerechtigkeit sichern: Die Finanzierung der Alterssicherung muss so ausgestaltet werden, dass steigende Belastungen der Beitragszahler*innen durch den demographischen Wandel und längere Rentenbezugszeiten in der Rentenanpassung angemessen berücksichtigt und zusätzliche Lasten nicht einseitig auf jüngere Generationen verschoben werden. Auch der Nachhaltigkeitsfaktor muss unter dem Aspekt der Stabilisierung der Rentenfinanzen diskutiert werden.

3. Beiträge stabilisieren und die Basis verbreitern: Das Konzept soll Wege aufzeigen, wie die Beitragsbelastung für Beschäftigte und Unternehmen langfristig planbar und tragfähig bleibt. Dazu können unter anderem eine Stärkung der gesetzlichen Rente als tragende Säule, ergänzt durch eine verlässliche, für alle zugängliche und wirksame betriebliche und private Vorsorge, eine breitere Finanzierungsbasis, die Einbeziehung möglichst vieler Erwerbstätiger, sowie eine Kopplung des Renteneintrittsalters an die Entwicklung der Lebenserwartung, gehören.

4. Schutz vor Altersarmut stärken: Das künftige System der Alterssicherung soll wirksam vor Altersarmut schützen - insbesondere für Menschen mit niedrigen Löhnen und folglich geringen Renten.

5. Mehr Gerechtigkeit im System schaffen: Ungerechtfertigte Unterschiede und Privilegien zwischen verschiedenen Alterssicherungssystemen - im Speziellen zwischen den Leistungen der GRV im Vergleich zur Beamtenversorgung - sollen schrittweise abgebaut und das System insgesamt stärker zusammengeführt werden. Frühverrentungs- und abschlagsfreie Regelungen sollen so weiterentwickelt werden, dass sie vor allem Menschen mit langen Versicherungszeiten und körperlich oder psychisch besonders belastenden Tätigkeiten zugutekommen.

In herausfordernden Zeiten braucht es einen starken und verlässlichen Sozialstaat. Denn jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben. Die Debatte über angebliche Einsparungen beim Bürgergeld hat dieses Vertrauen in den Sozialstaat geschwächt, die Spaltung unserer Gesellschaft befeuert und obendrein nicht dazu geführt, dass auch nur ein Mensch mehr zurück in Arbeit findet.

Die geplante Neue Grundsicherung ist ein System, welches Menschen unter Druck setzt, statt ihnen zu helfen. Mit den geplanten Verschärfungen der Sanktionen und Leistungsbedingungen droht die Bundesregierung den grundgesetzlich garantierten Anspruch auf existenzsichernde Leistungen zu unterlaufen. Eine Grundsicherung bedeutet für uns, dass man sich auf den Sozialstaat verlassen kann und Kinder und Familien nicht in Obdachlosigkeit gedrängt werden. Die Milliarden Einsparungen, mit der die Union Wahlkampf gemacht und bis zuletzt in Aussicht gestellt hat, waren von Anfang an nichts anderes als ein leeres Versprechen und eine Stimmungsmache gegen Menschen, die Unterstützung benötigen. Wir fordern Einsparungen in der überbürokratisierten Verwaltung der verschiedenen Sozialleistungen zu finden, die sowohl Betroffene als auch Behörden oft überfordern. Zudem müssen Wohnkosten durch wirksame

319 Mietenregulierung gesenkt werden, auch um "Wohnen" wieder bezahlbarer für alle
320 Menschen zu gestalten.

321 Die Debatte über das Bürgergeld stigmatisiert die betroffenen Menschen, spaltet
322 die Gesellschaft und schwächt das Vertrauen in den Sozialstaat. Statt die
323 Menschen gegeneinander auszuspielen, müssen die Menschen unterstützt und
324 gesellschaftliche Teilhabe gefördert werden. Notwendig sind Solidarität und ein
325 Sozialstaat, auf den sich Menschen in Not verlassen können. Wir fordern:

326 -Qualifizierungs- Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen müssen ausreichend
327 finanziert werden,

328 - eine deutliche Verbesserung der Betreuungsschlüssel in den Jobcentern,

329 - einen Weiterbildungsbonus, der Qualifizierung attraktiver macht

330 - eine effizientere digitale Verwaltung, um bürokratische Hürden abzubauen,

331 - eine Absenkung der Transferentzugsraten, sodass sich Mehrarbeit spürbar lohnt,

332 - ergänzende Freibeträge für Kinder, Auszubildende und Pflegende sowie Menschen
333 mit Behinderung, um besondere Lebenslagen zu berücksichtigen,

334 - bessere, vorrangige Unterstützung von Eltern bei der Organisation einer
335 verlässlichen Kinderbetreuung durch die Jobcenter.

336 - angemessene Vermögensfreibeträge, ortsangemessene Mietübernahmen und den
337 Ausschluss von grundgesetzwidrigen 100%-Sanktionen, um Armut und
338 Wohnungslosigkeit zu verhindern.

339 - Regelsätze, Wohn- und Heizkosten fair und realitätsnah zu berechnen, auch um
340 mehrere, aufeinander folgende "Nullrunden" beim Bürgergeld zu vermeiden.

341 Ein starker Sozialstaat traut den Menschen etwas zu, setzt auf Anreize und
342 Unterstützung und eröffnet so neue Chancen und Perspektiven und gibt ihnen damit
343 die Möglichkeit, wieder ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Davon profitieren
344 auch Wirtschaft und Gesellschaft.

345 Das beste Mittel gegen steigende Beiträge und für solide Versicherungssysteme
346 sind gute Löhne und eine breite Basis derer, die in die Systeme einzahlen. Dafür
347 ist ein armutsfester Mindestlohn notwendig. Hierfür verankern wir den
348 Referenzwert von 60 Prozent des Medianlohns aus der EU-Mindestlohnrichtlinie in
349 das deutsche Mindestlohngesetz. Zudem setzen wir uns für eine stärkere
350 Tarifbindung ein sowie mehr Mitbestimmung in Betrieben. Damit sorgen wir auch
351 für gute und auskömmliche Arbeit. Denn unser Ziel ist es, dass Menschen, die
352 arbeiten, immer mehr im Geldbeutel haben. Beschäftigte müssen in Zeiten von
353 Strukturwandel in Veränderungsprozesse einbezogen werden. Gleichzeitig braucht
354 es im Wandel auch Sicherheit. Entscheidend dafür ist eine
355 Qualifizierungsoffensive. Wer sich auf Veränderung einlässt, muss wissen:
356 Niemand wird im Stich gelassen. Der Sozialstaat muss Halt geben, wenn Biografien
357 brüchig werden, und Chancen eröffnen, damit Neues beginnt.

358 Viele Menschen können und wollen mehr arbeiten, ihnen werden aber immer noch zu
359 viele Steine in den Weg gelegt. Die Bundesregierung muss Maßnahmen ergreifen, um
360 insbesondere Frauen mehr Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Dazu gehört der Kita-
361 Ausbau aus dem Sondervermögen, verlässliche Betreuung, Anreize, um Mini-Jobs in
362 reguläre Beschäftigung zu wandeln oder flexibler zwischen Teilzeit und Vollzeit

363 zu wechseln. Die Arbeitszeiten müssen im Sinne der Beschäftigten flexibler
364 werden, damit sie mehr ins Familienleben passen.

365 Auch Menschen mit Behinderung geraten durch allgemeine Kostensteigerungen
366 zunehmend unter Druck, weshalb ihre Hilfen und Unterstützungsangebote verbessert
367 werden müssen. Dies gilt auch für die Eingliederungshilfe, die Menschen mit
368 Behinderung die Teilhabe am Arbeitsleben ermöglicht.

369 Die Schulabbrecherquote muss weiter sinken und mehr junge Menschen einen
370 berufsqualifizierenden Abschluss erreichen. Deutschland muss sich weiter für
371 Menschen öffnen, die hier arbeiten und Teil der Gesellschaft werden wollen.
372 Hürden beim Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete und Zugewanderte wie
373 Arbeitsverbote müssen endlich fallen und Mittel für Sprach- und
374 Integrationskurse massiv gestärkt anstatt gekürzt werden, denn unser Wohlstand
375 hängt auch davon ab, dass alle, die können und wollen, arbeiten dürfen.

376 Voraussetzung für stabile Sozialversicherungen ist auch ein gerechtes
377 Steuersystem. Denn die Steuern finanzieren die versicherungsfremden Leistungen,
378 die die Sozialversicherungen für das Gemeinwesen erbringen. Ein gerechtes
379 Steuersystem ist darüber hinaus die Grundlage für gesellschaftlichen
380 Zusammenhalt und solide Staatsfinanzen. Heute gilt jedoch: Arbeit wird stärker
381 besteuert als Kapital und Erbschaften. Das untergräbt das Leistungsprinzip,
382 verschärft Ungleichheit und mindert die Handlungsspielräume des Staates.
383 Besonders ungerecht ist die Besteuerung von Alleinerziehenden, die in
384 Deutschland steuerlich deutlich höher belastet werden als im OECD-Durchschnitt,
385 speziell ihre steuerliche Belastung im Vergleich zu Ehepartner*innen.

386 Die Erbschafts- und Schenkungsteuer weist erhebliche Schlupflöcher auf, ist
387 effektiv ungerecht und sehr kompliziert gestaltet. Große Betriebsvermögen können
388 weitgehend steuerfrei übertragen werden, während Erb*innen mittlerer Erbschaften
389 oberhalb der Freibeträge belastet werden. Das vertieft die soziale Ungleichheit
390 und schwächt die Finanzierung des Gemeinwesens.

391 Es ist an der Zeit, die Gerechtigkeitslücken zu schließen und sicherzustellen,
392 dass alle entsprechend ihrer finanziellen Möglichkeiten einen fairen Beitrag
393 leisten. Hierzu legen wir mit dem Beschluss (VR01) ein kurzfristige
394 Handlungsperspektive vor.

395 3. Regionale Gerechtigkeit und Zusammenhalt

396 Der ökologische und ökonomische Umbau gelingt nur, wenn er allen Regionen
397 zugutekommt. Gerade in strukturschwachen Gebieten, insbesondere in
398 Ostdeutschland, sind Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Arbeitsplätze
399 entscheidend für Zukunftsperspektiven. Darüber hinaus braucht es in allen
400 Regionen eine gemeinwohlorientierte Ausrichtung der öffentlichen
401 Wirtschaftsförderung, die soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt und
402 Unternehmen belohnt, die Tarifbindung, Mitbestimmung, Klimaschutz und lokale
403 Wertschöpfung stärken.

404 Wir fordern:

- 405 • ein gezieltes Transformationsprogramm für strukturschwache Regionen, das
406 Investitionen in erneuerbare Energien, moderne Industrie und Forschung bündelt,

- 407 • den Ausbau von Schienen, Breitband und Gesundheitsinfrastruktur, um ländliche
408 Räume attraktiv zu machen,
- 409 • Anreize für Unternehmen, sich in Regionen mit hoher Abwanderung oder
410 Arbeitslosigkeit anzusiedeln,
- 411 • stärkere Förderung von Bildung und beruflicher Qualifizierung in ostdeutschen
412 Ländern, um die Abwanderung junger Menschen zu stoppen und Fachkräfte vor Ort zu
413 halten.

414 Damit der Transformationsprozess demokratisch getragen wird und
415 Zukunftsperspektiven vor Ort entstehen, stärken wir zugleich die Beteiligung
416 junger Menschen an zentralen Entscheidungen der regionalen Entwicklung. So wird
417 die Transformation zu einer Chance für den Osten und alle strukturschwachen
418 Räume – und nicht zu einer weiteren Quelle von Spaltung.

419 4. Moderner Staat und Digitalisierung

420 Eine moderne, handlungsfähige Demokratie braucht einen digitalen Staat. Doch
421 kleinteilige Zuständigkeiten, zersplitterte Verwaltungsstrukturen und föderaler
422 Flickenteppich blockieren heute die notwendige Transformation. Das macht unsere
423 Verwaltung zu kompliziert, viel zu bürokratisch, häufig teuer und ineffizient.
424 Wir brauchen grundsätzliche Reformen, eine echte Modernisierungs- und
425 Digitalisierungsagenda, damit Menschen in Deutschland mit dem Staat digital und
426 auf Augenhöhe kommunizieren können und dabei Verwaltungskosten gespart werden.

427 Die Menschen in Deutschland sollen mit dem Staat digital und auf Augenhöhe
428 kommunizieren können. Doch viele Prozesse werden lokal gedacht und organisiert,
429 obwohl sie bundesweit einheitlich gestaltet werden müssten – etwa die
430 Beantragung von Pass- und Ausweisdokumenten.

431 Beispielsweise ist es nicht zu erklären, dass bei unterschiedlichen
432 Behördengängen immer wieder aufs Neue Einkommens- und Vermögensprüfungen
433 erfolgen, teilweise sogar nach unterschiedlichen Kriterien, anstatt das so eine
434 Prüfung einmal erfolgt und alle, die müssen, darauf zugreifen können. Mit solch
435 grundsätzlichen Reformen lassen sich Verwaltungskosten drastisch senken.

436 Wir fordern:

- 437 • grundlegende Strukturreformen, um Doppelstrukturen im Föderalismus zu
438 reduzieren und digitale Prozesse bundesweit zu harmonisieren.
 - 439 • Eine Bündelung von Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und die
440 Budgetverantwortung im Digitalministerium.
 - 441 • Eine “Once-Only”-Regelung, damit beispielsweise bei unterschiedlichen
442 Behördengängen nicht immer wieder aufs Neue Einkommens- und Vermögensprüfungen
443 erfolgen, teilweise sogar nach unterschiedlichen Kriterien, anstatt das so eine
444 Prüfung einmal erfolgt und alle, die müssen, darauf zugreifen können.
- 445 Dazu braucht es einheitliche Rechtsbegriffe sowie Schnittstellen und Standards
446 zwischen Verwaltung und Softwaresystemen, die Melde- und Reportingpflichten
447 minimieren und Interoperabilität sicherstellen.
- 448 • Die Deutschland-App kann zum zentralen Zugangspunkt für Bürger*innen werden –
449 für Ausweis, Behördengänge und Nachweise. Doch sie darf nicht als isoliertes
450 Projekt verstanden werden, sondern muss in ein Ökosystem eingebettet sein, das

451 offene Schnittstellen nutzt und allen Regionen zugutekommt. Auch Unternehmen
452 profitieren: von standardisierten Meldewegen, automatisierten
453 Genehmigungsverfahren und reduzierter Bürokratie.

454 So entsteht ein digital souveräner Staat, der Innovation ermöglicht, Verwaltung
455 beschleunigt, Vertrauen stärkt und Wirtschaft wie Gesellschaft gleichermaßen
456 entlastet.

457 • Damit Daten nicht immer wieder neu erhoben werden müssen, treiben wir die
458 Registermodernisierung und -vernetzung voran. Die Behörden sollen auf einer
459 eigenen Cloud, die Sicherheit, Datenschutz, Quelloffenheit und
460 Anbieterunabhängigkeit gewährleistet, Datentools vorhalten, bei denen
461 Bürger*innen und Unternehmen ihre Daten nur einmal einpflegen müssen. Dann
462 müssen die verschiedenen Ebenen der Verwaltung darauf selbst zurückgreifen.

Begründung

Zwischen Stanislav und dem BuVo geeinter Text inkl. modifizierter Übernahmen eingearbeiteter Änderungsanträge.

weitere Antragsteller*innen

Tobias Hocke-Beck (KV Göppingen); Kai Kristof Keune (KV Ettlingen); Kai-Uwe Berroth (KV Alb-Donau); Moritz Franz-Gerstein (KV Göppingen); Yann Aretin Eggert (KV Pinneberg); Dominik Schrade-Köhn (KV Alb-Donau); Christel Kunert (KV Alb-Donau); Marcel Veerman (KV Alb-Donau); Angela Scheffold (KV Alb-Donau); Eckhart Klein (KV Göppingen); Peter Schober (KV Leipzig); Ferdinand Müller (KV Leipzig); Lukas Mosler (KV Bautzen); Daniel Pawliczek (KV Leipzig); Jana Thomas (KV Leipzig); Jonas Malmström (KV Leipzig); Ralf Schmid (KV Alb-Donau); Steffi Schönherr (KV Chemnitz); Oliver Gassner (KV Konstanz); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.